VON MENSCHEN, ANSICHTEN UND GESETZEN

Rostock Lichtenhagen – Mitten unter uns

Wochenlang schauen im Sommer 1992 Politik und Verwaltung gleichgültig zu, wie Asyl suchende Männer, Frauen und Kinder ohne Behausung, Verpflegung und Toiletten auf dem Rasen vor dem »Sonnenblumenhaus« in Rostock-Lichtenhagen kampieren.

22. - 24. August 1992: Vor der Zentralen Aufnahmestelle für Asylbewerber (ZAst) in Rostock-Lichtenhagen, in unmittelbarer Nachbarschaft des Wohnheims ehemaliger vietnamesischer Vertragsarbeiter, versammeln sich Anwohner, darunter zahlreiche Jugendliche. Sie versammeln sich, um gegen die Asylbewerber und die unhaltbaren Zustände in der ZAst zu demonstrieren.

Der Protest mündet in Gewalt.

Die dreitägigen Angriffe auf die Häuser und ihre Bewohner, in deren Verlauf Rechtsextreme aus der ganzen Bundesrepublik anreisen, werden vom Applaus vieler Anwohner begleitet. Die Sicherheitskräfte vor Ort sind nicht in der Lage, die Situation unter Kontrolle zu bringen.

Am dritten Tag – die Asylbewerber sind inzwischen evakuiert worden – eskaliert die Situation: Das »Sonnenblumenhaus« wird in Brand gesteckt. Die Vietnamesen und eine Gruppe von Deutschen können sich gerade noch rechtzeitig über das Dach in Sicherheit bringen.

Eine Ausstellung der Bürgerinitiative Bunt statt braun e.V. Rostock

SPUR DER SPRÜCHE

Die Bedrohung der Demokratie durch die Inländer

Nach einem Anfang 1992 vorgelegten Bericht geben 70 Prozent der Befragten die Asyldiskussion der Politiker als Grund für die Feindlichkeit gegen Asylbewerber an.

(Quelle: Karl Otto Richter: »Zur Akzeptanz von Asylbewerbern in Rostock-Stadtr, Rostock 1992)

Edmund Stoiber (CSU) schafft das Unwort des Jahres 1991, indem er vor der »durchmischten und durchrassten Gesellschaft« warnt.

(Quelle: http://www.unwortdes jahres.org)

März 1991

Volker Rühe (CDU) fordert seine Partei auf »die Asylpolitik zum Thema zu machen«. Er spricht von der »besorgniserregenden Entwicklung der Asylbewerberzahlen« und »kaum noch zu lösenden Problemen«. Er stößt damit eine beispiellose Kampagne an.

(Quelle: Jürgen Voges: »Die Asylkampagne als Modellfall«, Göttingen 1996)

12. September 1991

Ein kleine Auswahl von Äußerungen von CDU-Politikern aus dem Herbst des Jahres 1991: »Scheinasylantenzustrom«, »offenkundiger Asylmissbrauch«, »massenhafter Missbrauch von Sozialleistungen in krimineller Weise«, »volles Verständnis für den Unmut der Menschen angesichts der Missbrauchsquote von über 90 Prozent«, »entschlossene Maßnahmen gegen den Zustrom von Scheinasylanten und Wirtschaftsflüchtlingen sind nötig«

(Quelle: Jürgen Voges: »Die Asylkampagne als Modellfall«, Göttingen 1996)

Herbst 1991

Hoyerswerda – Angriffe auf Asylbewerberheim enden mit nächtlicher Räumung: erster fernsehweit übertragener Sieg eines rechtsextremen Mobs.

17. - 22. September 1991

August 1992

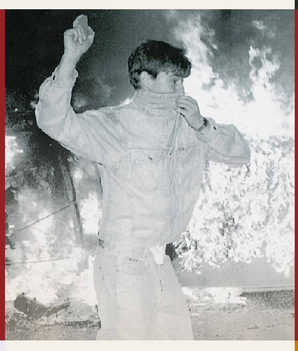
Bis zu 300 Asylbewerber, vor allem Roma aus Rumänien, lagern vor der zentralen Aufnahmestelle für Asylbewerber (ZAst) in Rostock-Lichtenhagen. Sie wurden wegen Überfüllung nicht in die ZAst aufgenommen. Sie mussten daher auf die Bearbeitung ihrer Asylanträge mehrere Tage warten. Für diese Zeit gab es weder Unterkunft noch Verpflegung, weder Kochgelegenheiten noch sanitäre Einrichtungen. Sie waren gezwungen draußen zu nächtigen, dort ihre Notdurft zu verrichten und sich das Notwendigste an Nahrung irgendwie zu beschaffen.

Wochenende, 22. - 23. August 1992

Der Protest gegen die unhaltbaren Zustände vor der ZAst, verbunden mit einem dumpfen Ausländerhass, mündet in Gewalt.

Steine und Brandsätze werden geworfen.

Gleichgültigkeit, Inkompetenz, fehlende politische Vorgaben und Überforderung bei der Polizei verhindern, dass die Sicherheitskräfte vor Ort die Lage unter Kontrolle bringen können.



Montag, 24. August 1992

Das Asylbewerberheim in der Mecklenburger Allee 18 sowie das Wohnheim der Vietnamesen in der Nr. 19 werden vom Mob in Brand gesetzt. Unterstützt werden die Brandstifter jetzt auch von bundesweit angereisten Nazis.

Die Asylbewerber sind evakuiert. In der Nr. 19 befinden sich dagegen noch ca. 100 Vietnamesen in akuter Lebensgefahr.

Etwa 3.000 Schaulustige klatschen Beifall und skandieren: »Wir kriegen euch alle«. Der Imbiss »Happi, Happi bei Api« verkauft Bockwurst, Pommes und Bier dazu.

Juni 2002: Ein Gericht stellt fest - **Es war versuchter Mord.**

Bundesinnenminister Seiters: »Die Krawalle in Rostock haben gezeigt, dass die jetzige Gesetzgebung nicht ausreichend ist. Dem Hauptproblem - dem unkontrollierten Zustrom von Wirtschaftsflüchtlingen vor allem aus Osteuropa – kann nur mit einer Verschärfung des Asylgesetzes begegnet werden.«

(Quelle: Presekonferenz am 24. August 1992 in Rostock)

August 1992

Bundeskanzler Helmut Kohl spricht vom »Staatsnotstand«, der durch die Asylbewerber ausgelöst werde.

Oktober 1992

Brandanschlag auf ein Haus in Mölln, das von türkischen Familien bewohnt wird. Eine Frau (51), ihre Enkelin (10) und ihre Nichte (14) verbrennen.

Helmut Kohl stiftet das Unwort des Jahres 1992. Er spricht vom »Beileidstourismus« im Zusammenhang mit Lichterketten und Solidaritätskundgebungen nach diesem Brandanschlag.

(Quelle: http://www.unwortdes jahres.org)

23. November 1992

Bei einem Brandanschlag in Solingen kommen fünf türkische Frauen und Mädchen ums Leben.

29. Mai 1993

März 1994

Helmut Kohl im Wahlkampf vor Unternehmern in Baden-Württemberg: »Die Existenzgrundlage unseres Landes geht kaputt, wenn erst die Schleusen für die Ausländer geöffnet sind.«

(Quelle: Jürgen Voges: »Die Asylkampagne als Modellfall«, Göttingen 1996)

Mai 1994 bis Juli 2000

Mindestens 43 Todesfälle, bei denen die Tat nachgewiesenermaßen aus rechten Motiven (dazu zählt auch der Hass auf »Andersartige«, »Fremde« oder »Minderwertige«) begangen wurde oder in denen der oder die Täter nachweislich einem entsprechend eingestellten Milieu zuzurechnen sind.

Sie starben, weil sie anders aussahen, anders dachten, anders lebten.

(Quelle: http://www.tr-ediyor/Archiv/psizahlen%0B.html)

Februar 1999 bis Mai 2002

Mit einer von **Roland Koch** (CDU) initiierten Unterschriftenaktion gegen die doppelte Staatsbürgerschaft werden in der hessischen Landtagswahl auch Wähler aus dem extremen rechten Rand mobilisiert.
DVU, NPD und Republikaner rufen ihre Mitglieder zur Unterstützung auf.

»Kinder statt Inder!«, so lautet der Slogan des Spitzenkandidaten der nordrhein-westfälischen CDU zur Landtagswahl, **Jürgen Rüttgers**.

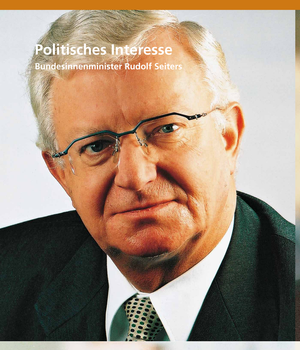
Friedrich Merz (CDU) tritt die Debatte um die »deutsche Leitkultur« los.

Jürgen W. Möllemann (FDP) will 18 Prozent bei der Bundestagswahl. Er spielt mit antisemitischen Ressentiments:
»Ich fürchte, dass kaum jemand den Antisemiten, die es in Deutschland gibt ... mehr Zulauf verschafft hat als Herr Scharon und in Deutschland ein Herr Friedman mit seiner intoleranten und gehässigen Art.«

(Quelle: http://www.ngo-online.de/gesca_nachricht.php?Nr=2317)

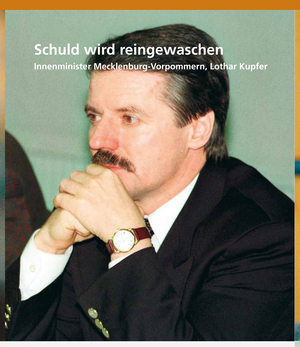
EIN POGROM

Akteure und Opfer



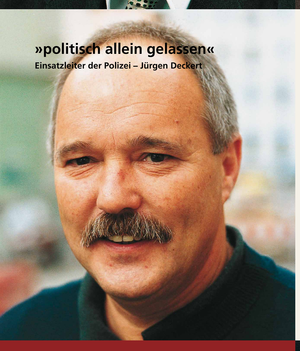
Politisches Interesse
Bundesinnenminister Rudolf Seiters

Verständnis für Gewaltausbruch
Ministerpräsident Mecklenburg-Vorpommern, Bernd Seite



Schuld wird reingewaschen
Innenminister Mecklenburg-Vorpommern, Lothar Kupfer

Unterlassene Hilfeleistung
Polizeichef von Rostock, Siegfried Kordus



»politisch allein gelassen«
Einsatzleiter der Polizei – Jürgen Deckert

»Wir Ausländer sind im Moment die Schwachstelle«
Vietnamesischer Bewohner der Mecklenburger Allee 19

»Am schlimmsten sind diese fröhlichen Zuschauer, denn die heizen die Extremisten richtig auf und bieten ihnen Zuflucht während der Polizeieinsätze ... Wenn wir hier mal alle raus sind, dann suchen sich die Extremisten eine andere schwächste Stelle. Wir Ausländer sind im Moment die Schwachstelle, danach sind es vielleicht Frauen und Kinder oder Behinderte.«

(Quelle: »Ostsee-Zeitung« vom 20. August 1992)

»Ausgerüstet wie die Friseure«
Ein Polizeibeamter

Inkompetenz und Überforderung
Innensenator Peter Magdanz

»Wir wurden zu Tätern«
Lichtenhäger Bürger

»Frieden für die Seele«
Roma-Flüchtling

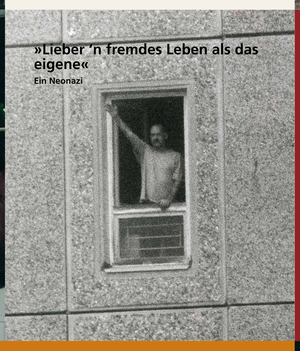
»Ich möchte Frieden für meine Seele finden und ein bisschen Sympathie. Ich will niemanden stören, ich möchte leben wie jeder andere Mensch, mit dem Recht auf Freiheit. Das wollte ich auch schon in Rumänien.«

(Quelle: Film »Die Wahrheit liegt in Rostock«, Jahr o. V. 1993)

»Die Vietnamesen in Lebensgefahr bringen war egal«
René Kaiser, Neonazi

Umsatzsteigerung
Maike S., Händlerin

Lässt sich vertreten
Oberbürgermeister Dr. Klaus Kilimann



»Lieber 'n fremdes Leben als das eigene«
Ein Neonazi

„Vergiftete Atmosphäre"
Ausländerbeauftragter Wolfgang Richter

EIN POGROM
Akteure und Opfer

Politisches Interesse
Bundesinnenminister Rudolf Seiters

»Die Übergriffe haben gezeigt, dass die jetzige Gesetzeslage nicht ausreicht. Dem Hauptproblem, dem unkontrollierbaren Zustrom von Wirtschaftsflüchtlingen vor allem aus Osteuropa, kann nur mit einer Verschärfung des Gesetzes begegnet werden.«

(Quelle: Presskonferenz am 24. August 1992 in Rostock)

Verständnis für Gewaltausbruch
Ministerpräsident Mecklenburg-Vorpommern, Bernd Seite

»Dass das natürlich überschwappt, wenn man in der Menge ist, dafür habe ich auch Verständnis.« ... »Sehen Sie, es muss Schluss sein, dass wir am Finger rumoperieren, sondern der Körper ist krank, mit dem Problem Asylaufnahme in Deutschland.«

(Quelle: zit. nach Hajo Funke: »Paranoia und Politik«, Berlin 2002, S. 56)

Schuld wird reingewaschen
Innenminister Mecklenburg-Vorpommern, Lothar Kupfer

Fuhr am 24. August nach Hause um »mal die Wäsche zu wechseln und unter die Dusche zu gehen.«

(zitiert nach Funke, »Brandstätten«, Göttingen 1993, S. 131)

Nach dem Pogrom sagt Innenminister Kupfer im WDR: »Die Rechten haben bewirkt, die Politiker dafür zu sensibilisieren, dass das Asylrecht eingeschränkt wird und dass das Sicherheitsgefühl an erster Stelle steht – nicht nur in Ostdeutschland.«

(Quelle: WDR-Sendung ZAK vom 25. September 1992)

Unterlassene Hilfeleistung
Polizeichef von Rostock, Siegfried Kordus

Am 24. August 1992 gegen 19.00 Uhr, am Abend des Pogroms, trifft viel zu spät ein Angebot des Bundesinnenministeriums zur Verstärkung der Polizei durch BGS-Einheiten ein. Kordus lehnt dies jedoch ab.

Von etwa 19.45 bis 23.15 Uhr ist er nicht zu erreichen. Im Bericht schreibt Kordus später: »Unterzeichnender (d. h. Kordus) hat versucht, Einsatzbereitschaft oder Führungsbereitschaft auf sich bezogen durch Kleiderwechsel aufrechtzuerhalten bzw. wiederherzustellen.«

(Quelle: zit. nach Hajo Funke: »Brandstätten«, Göttingen 1993, S. 132)

»politisch allein gelassen«
Einsatzleiter der Polizei – Jürgen Deckert

Einsatzleiter Jürgen Deckert ist über 50 Stunden durchgehend im Einsatz – ohne ein Hemd zu wechseln.

Hamburger Einsatzkräfte drängen am 24. August nachmittags auf die Bereitstellung von mehr Polizisten. Dies wird durch Deckert zugesagt. Dann aber meldet sich Deckert gegen 16.00 Uhr bei seinen Kollegen und erklärt ihnen, er habe keine weiteren Polizisten zur Verfügung und:
»Ich glaube, ich werde politisch allein gelassen.«

(Quelle: zit. nach Hajo Funke: »Brandstätten, Göttingen 1993, S. 138f.)

Das Pogrom nimmt seinen Lauf – die Polizei ist lange Zeit nicht zu sehen.

Gegen 21.00 Uhr werden die letzten Polizisten abberufen, vor Ort befindliche Zivilfahnder ziehen sich zurück.

Ab 21.20 Uhr: Steine, Molotow-Cocktails. Jugendliche dringen in das Wohnheim der Vietnamesen ein und setzen Gardinen und Einrichtungsgegenstände in Brand.

Die das erste Mal um 21.38 Uhr gerufene Feuerwehr trifft 21.51 Uhr am Brandort ein. Ihr Einsatz wird durch die Randalierer verhindert.

Die Polizei ist nicht da – eine Stunde lang.

Gegen 22.55 Uhr gibt Deckert zum wiederholten Male den Befehl, der Feuerwehr entsprechenden Schutz für die Löscharbeiten zu geben.

Bis 1.30 Uhr kämpfen Polizeikräfte gegen eine Übermacht von 500 bis 600 Randalierern, die massiv von einer etwa gleichen Anzahl von Zuschauern unterstützt wurde.

(Quelle: zit. nach Hajo Funke: »Brandstätten, Göttingen 1993, S. 139ff.)

»Wir Ausländer sind im Moment die Schwachstelle«
Vietnamesischer Bewohner der Mecklenburg. Allee

»Ausgerüstet wie die Friseure«
Ein Polizeibeamter

»Ich habe mir nur gewünscht, da wieder heil rauszukommen. Der Mob stand um uns rum und wir waren ausgerüstet wie die Frisöre.«

Mit den Krawallen würde Politik gemacht, »um die neuen Asylgesetze zu forcieren«.

(Quelle: OZ 28. August 1993, Bericht von Anette Fröber)

„Wir halten für ihr (d. h. der Politiker) politisches Versagen den Kopf hin."

(Quelle: OZ 21. August 1993, Bericht von Thorsoff Cowen)

Inkompetenz und Überforderung
Innensenator Peter Magdanz

»Da war so ein Gefühl von Machtlosigkeit«.

(Quelle: OZ 21. August 1993, Bericht von Thorsoff Cowen)

Innensenator Peter Magdanz hätte die Asylbewerber wegbringen lassen können, in Turnhallen oder ähnliche Unterkünfte. Dies wäre in seinen Augen aber keine Lösung gewesen, da er am nächsten Abend die nächste Turnhalle vollgehabt hätte, weil: »Die telefonieren doch mit Rumänien«, und dann stünde er am nächsten Abend vor dem gleichen Problem.

(Quelle: NWK vom 21. August 1992, gegenüber SPD-Sprecher Knut Degner)

»Wir wurden zu Tätern«
Lichtenhägener Bürger

Ein 34-jähriger Elektriker aus Lichtenhagen
»Nein, wir, die zuschauten und klatschten, waren nicht bloß Statisten: Indem wir die Chaoten vor der Polizei untertauchen ließen und schützten, wurden wir zu Tätern.«

(Quelle: OZ 21. August 1993, Bericht von Thorsoff Cowen)

Elke Prehn, Lichtenhägenerin
»Ich sehe keinen Sinn und Verstand in dem, was seit Montag geschah. Nur noch Schlachten und Krawalle. Wir sind aus Lichtenhagen, haben am Samstag vor einer Woche zugesehen. Und ich schäme mich heute dafür. Das hier hatte die vier Tage nichts mehr mit unserem eigentlichen Problem zu tun.«

(Quelle: OZ 21. August 1993)

»Frieden für die Seele«
Roma-Flüchtling

»Die Vietnamesen in Lebensgefahr bringen war egal«
René Kaiser, Neonazi

»In dem Moment, wo wir die Mollis geschmissen haben, haben oben aus den letzten Etagen ein paar Vietnamesen rausgeguckt und da haben wir richtig angefangen zu werfen...

Da hab' ich dann auch gedacht, dass ich sie in Lebensgefahr bringen könnte, aber das war mir in dem Moment egal. Man hat sich darüber eigentlich keinen Kopf gemacht.«

(Quelle: Film »Die Feuerfalle von Rostock« von Karrel Tayler)

Umsatzsteigerung
Maike S., Händlerin

»Wir haben bis zu 300 Prozent Umsatz gemacht.«

(Quelle: OZ 28. August 1993)

Lässt sich vertreten
Oberbürgermeister Dr. Klaus Kilimann

Der Oberbürgermeister ist im Urlaub und lässt sich vertreten.

»Wir können nicht unbegrenzt in Deutschland die hungernde Welt aufnehmen, das geht nicht. Wir wissen, dass die Asylpolitik verändert werden muss, in einer Weise wie wir hier ein friedliches Zusammenleben mit allen Ausländern, die zu uns kommen und Asyl brauchen, auch tatsächlich gewährleisten können.«

(Quelle: zit. nach »Beifall für Brandstifter«. Ein Feature von Dieter Wulf. Deutschlandfunk 1993)

Nach dem Pogrom sagt Kilimann in einer Pressekonferenz: »Ich schließe Schuld bei uns nicht aus. Wir waren aber überfordert.«

(Quelle: OZ 31. August 1992)

»Lieber 'n fremdes Leben als das eigene«
Ein Neonazi

»Naja, irgendwie, die Partystimmung war doch da für die damalige Zeit ziemlich gut ... Naja, bei Mutproben ist das ja auch so, da wird ja auch mit dem Leben gespielt ...

Lieber 'n fremdes Leben als das eigene.«

(Quelle: Film »Die Feuerfalle von Rostock« von Karrel Tayler)

»Vergiftete Atmosphäre«
Ausländerbeauftragter Wolfgang Richter

»In einer Atmosphäre, in der nur darüber gegrübelt wird, wie man Asylsuchende wieder aus dem Land bekommt, ist ein normales Zusammenleben mit Ausländern kaum möglich.«

(Quelle: OZ 21. August 1993, Bericht von Thorsoff Cowen)

DIE SÜNDENBÖCKE

Roma

Cinti · Cigano · Gitanos · Gypsies · Calé

**»1990 war eine der wenigen Gemeinsamkeiten in Deutschland eine allgemeine Abneigung gegen die Zigeuner.
Die Toleranz in der Bevölkerung für diese Menschen ist sehr gering und die verallgemeinernden Äußerungen sind als beschämend zu bezeichnen ...«**

(Quelle: Günther Weiss, Sinto und Kriminalhauptkommissar, in: http://www.zigeuner.de/01_geschichte_deutsche.htm)

Rom · Roma · Romani · Tsingani · Tzigane

Roma

Die, die es nicht besser wissen, nennen sie »Zigeuner«. Die Herkunft dieses Wortes ist bis heute ungeklärt. Im Deutschen hat man daraus schon frühzeitig »Zieh Gauner« gemacht. Das Wort »Zigeuner« ist hier negativ belegt.

Sie selbst nennen sich Roma. Das bedeutet »Mensch«. Das sollten wir respektieren. Wir finden es auch nicht toll, als »Krauts« oder »Fritzen« angesprochen zu werden.

Die meisten deutschen Roma nennen sich auch Sinti.

Die Muttersprache der Sinti und Roma ist Romanes – eine entfernt mit dem Deutschen verwandte Sprache. »Bock« (Hunger) in »keinen Bock haben«, die »Zuckerpuppe« (schugger = schön) und der »Schund« (chin = Scheiß) sind Wörter, die aus dem Romanes stammen.

Die Roma und Sinti sind im frühen Mittelalter aus Indien nach Europa eingewandert. In der Bundesrepublik leben heute etwa 120.000 Sinti und Roma. **Sie sind Deutsche, seit mehr als 600 Jahren**. Im Land Baden-Württemberg haben sie den rechtlichen Status einer ethnischen Minderheit wie die Dänen in Schleswig-Holstein.

Die Geschichte der Roma und Sinti ist von Anfang an bis heute von Verfolgung, Vertreibung und Diskriminierung geprägt. Mit dem nationalsozialistischen Holocaust fand diese Verfolgung ihren traurigen Höhepunkt. Mehr als eine halbe Million Roma und Sinti, darunter zehntausende Kinder, wurden während des Nationalsozialismus umgebracht. Das wurde auch nach dem Kriege lange verschwiegen.

Roma in Rumänien

1991/92 kamen viele Roma aus Rumänien zu uns. Viele von ihnen wurden in die Zentrale Aufnahmestelle für Asylbewerber (ZAst) nicht aufgenommen und mussten so im Freien kampieren – ohne Lebensmittel, ohne sanitäre Einrichtungen und ohne Schlafgelegenheiten.

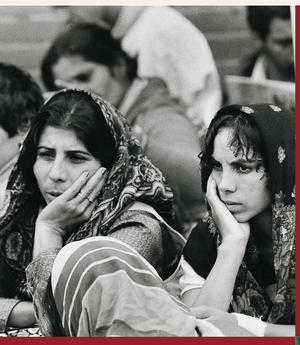
Warum kamen sie zu uns?

So wie bei uns hat auch in Rumänien die Wende viele Menschen ins soziale Abseits gebracht. Viele Roma, oftmals schon unter den Kommunisten die Ärmsten, hat es besonders getroffen. Sie leben unterhalb des Existenzminimums, die Arbeitslosigkeit ist überdurchschnittlich hoch. Und – sie geben prima Sündenböcke ab.

1990 bis 1994 kam es zu etwa 30 pogromartigen Ausschreitungen gegen Roma in rumänischen Städten und Dörfern. Zahlreiche Roma-Familien flohen in dieser Zeit, weil sie nicht länger in einer Atmosphäre der Angst vor ihren Nachbarn leben wollten.

Die damals aus Rumänien nach Deutschland geflohenen Roma mussten nach abgelehntem Asylantrag wieder zurückkehren.

(Quelle: Gesellschaft für bedrohte Völker, http://www.gfbv.de/navdet/europa/rma.htm)



Der Bundesgerichtshof (BGH) wies 1956 die Ansprüche einer überlebenden Sinteza ab, indem ihre Deportation als »Umsiedlung« gewertet wurde, die keine national-sozialistische Gewaltmaßnahme im Sinne des §1 des Bundesentschädigungsgesetzes darstelle.

Bis 1963 hatte das Urteil des BGH, das die »rassische« Verfolgung der Minderheit vor 1943 ausgeschlossen hatte, Bestand. Gesetzesänderungen von 1965 und 1981 führten nicht zur Entschädigung aller KZ-Opfer unter den Sinti und Roma.

(Quelle: Daniel Strauß: »Versuchen Romanisierung und Rassismus Sinti und Roma 600 Jahre in Deutschland«, LpB Baden-Württemberg 1998)

Auch in der DDR wurden viele Sinti nicht als Verfolgte des Naziregimes anerkannt.

(Quelle: R. Gilsenbach: »Ich Zigeuner, ring deinen Zorn«, Berlin 1993)

»Ich kam nach Deutschland und habe mich um politisches Asyl beworben ... Soweit ich mich erinnere, sind wir Zigeuner stets verletzt und erniedrigt worden. Wir konnten so nicht leben. Es gab keinen Ort, wo wir hin konnten, keinen Ort, um ein Haus zu bauen. Wir hatten keine Rechte, keine Arbeit, nirgends konnten wir arbeiten. Das Gesetz hat uns gezwungen als Nomaden zu leben. Ich möchte Frieden für meine Seele finden und ein bisschen Sympathie. Ich will niemanden stören, ich möchte leben wie jeder andere Mensch, mit dem Recht auf Freiheit. Das wollte ich auch schon in Rumänien.«

(Quelle: Film »Die Wahrheit liegt in Rumänien«, Jakob X, 1993)

Das rumänische Romadorf Pristeg und seine Menschen - Die kleine Girl liegt oberhalb von Kornan, ca. 16 km von Sibiu entfernt. Fotos: M. Schwob - diese Bilder entstanden in den Jahren 1986, 1991, 1992

DIE SÜNDENBÖCKE

Vietnamesische Vertragsarbeiter

Sie leben seit 1981 unter uns. Bis 1989 kamen 1500 vietnamesische Vertragsarbeiter nach Rostock.

Vietnamesen

Die Vietnamesen, die in der Mecklenburger Allee 19 wohnten, waren keine Asylbewerber. Sie lebten schon seit 1981 unter uns. Insgesamt kamen bis 1989 etwa 1500 vietnamesische Vertragsarbeiter nach Rostock. Vor der Wende arbeiteten sie vorrangig im Seehafen Rostock, im Textilbetrieb »Shanty« – da wurden die Ostjeans hergestellt – sowie beim Wohnungsbau. Einige arbeiteten auf der Neptun-Werft und bei der Deutschen Reichsbahn.

Die Mehrzahl von ihnen verrichtete Hilfsarbeiten. Verschiedene Betriebe boten Qualifizierungslehrgänge an, die die Vertragsarbeiter als Kranfahrer oder Schweißer qualifizierten. Allerdings erhielt nur eine geringe Anzahl von 20 bis 25 Vietnamesen eine Facharbeiterausbildung.

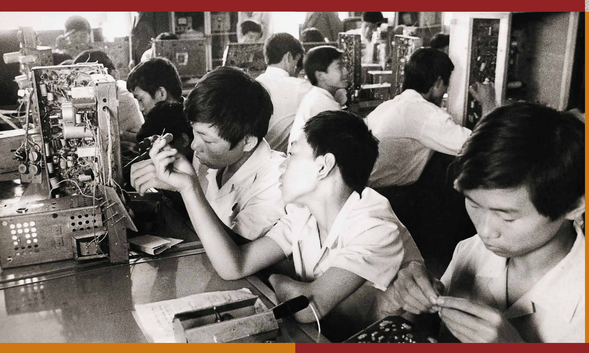
Über die Arbeit hinaus gab es nur selten Kontakte zwischen Vietnamesen und Deutschen. Isoliert lebten die Vietnamesinnen und Vietnamesen in betriebseigenen Wohnheimen. Kinder durften sie hier nicht bekommen – anderenfalls wurden sie wieder nach Hause geschickt.

Mit der Wende verloren alle ihren Arbeitsplatz. Die meisten gingen nach Vietnam zurück.

Mehr als 400 Vertragsarbeiter und ihre Familien blieben aber nach der Wende hier. Zum Teil hatten sie Vietnam seit Jahren nicht mehr besucht, einige hatten hier geheiratet oder glaubten einfach, ihre Familie von Deutschland aus besser unterstützen zu können. Die wenigsten besaßen noch einen festen Arbeitsplatz.

Manch einer verdiente sich in dieser Zeit sein Geld mit dem Zigarettenhandel und geriet in Konflikt mit den deutschen Gesetzen. Andere versuchten sich als fliegende Händler und mit Imbissbuden über Water zu halten.

(Quelle: Astrid Krebs: »Vertragsarbeiter in der Fremde«, Diplomarbeit, Berlin)



BEI JEDEM STEIN: »HO HO HO!«

Beihilfe zum versuchten Mord

Dienstag, 1. September 1992 3.Jahr 40 Pf

Bild

UNABHÄNGIG · ÜBERPARTEILICH

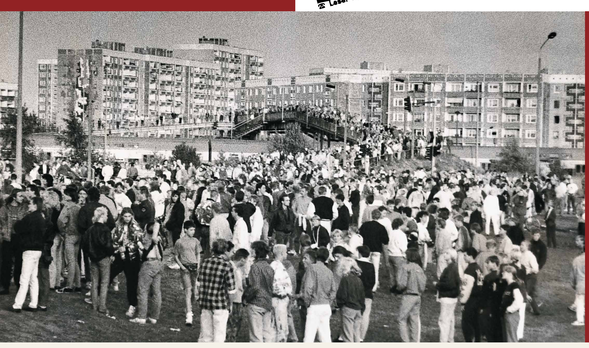
Lesen Sie heute: 020-015 14 22

Asyl-Krawalle in Rostock

2000 klatschten Seid ihr wahnsinnig!

von CHRISTIAN STURM

Ich gehe über Scherben. Sie knirschen laut unter meinen Füßen. Ich schäme mich für diese Scherben. Wir alle müssen uns für diese Scherben schämen. Ich stehe hier in Rostock im Asylantenheim. Die Fenster sind zerbrochen. Steine haben Blubenvasen und Teller zertrümmert. Kinder schauen mich an. Was soll ich ihnen sagen? - Zwei Nächte stürmten Rechtsradikale gegen das Asylantenheim. Feuer loderten auf, Tränengas zischte. Und 2000 Menschen klatschten Beifall, als die Rechtsradikalen das Haus zu stürmen versuchten. Da draußen, hier drinnen - die Welt von 200 Asylbewerbern. Eine Welt der Angst. Vor vier Tagen kam die Schneiderin Joana aus Rumänien, wurde hier einquartiert. Die Wände sind verschmiert, es riecht streng nach Urin.



»Der Schauplatz war gut gewählt: Rostock, Plattenbausiedlung, »Arbeiterschließfächer«, hohe Arbeitslosigkeit, verbaute Zukunftsperspektive, gedemütigte Menschen – ein Pulverfass, an das man nur noch die Lunte zu legen brauchte.«

(Quelle: Ludger »Kirbg«Schen, SWR-Dudeburg, 1993, S. 79)

»... und wahr ist auch, dass die Nerven vieler Menschen in Ostdeutschland ziemlich bloß liegen. Sie sind gegen ihren Willen arbeitslos, sie sehen keine Perspektive. Die Freiheit hat sich für sie zu einer abstrakten Idee verflüchtigt, aus der sie keinen Lebensmut mehr ziehen können. Unter solchen Bedingungen würde auch im Westen die bürgerliche Tünche bröckelig werden.«

(Quelle: Monika Zimmermann: Neue Zeit, Kommentar 26. August1993)

»...welches Gesetz bestimmt, dass der, der Arbeitsplatz und Zukunftsorientierung verloren hat, den menschlichen Anstand gleich hinterher schmeißen darf?«

(Quelle: Vera Gaserow: Ost, 25. August 1993)

In Leserbriefen und Diskussionen in der Bevölkerung tauchen immer wieder solche Aussagen auf:

Die Roma waren schuld.

»Die Ursache war keine Ausländerfeindlichkeit, sondern unzumutbare Zustände von Zigeunern, die sich wie Schweine und Diebe vor dem Sonnenblumenhaus und in der Kaufhalle benommen haben...« (Quelle: Leserbrief im Ostseeanzeiger, 4. April 2002)

Die Asylbewerber waren schuld.

„Man soll die Leute gar nicht erst rein lassen, dann gibt es auch keine Ausschreitungen." (Quelle: Nordmagazin, 26. August 1993)

Weder die Roma noch die anderen Asylbewerber waren schuld. Sie und die vietnamesischen Mitbürger waren die Opfer. Die Zustände um das Asylbewerberheim galten als Anlass für berechtigte Bürgerproteste und auch für Wut, die sich anstaute. Und man kann vermuten, dass diese Wut von den Verantwortlichen bewusst geschürt worden ist. Diese Wut entlud sich gewalttätig und menschenverachtend gegen die Schwächsten.

Die Medien waren schuld.

»... waren es nur Sensationslustige, die vom Fernsehen dort hingerufen worden waren und sich vom frenetischen Beifall der organisiert Zugereisten anstecken ließen.«

(Quelle: Leserbrief im Ostseeanzeiger, 4. April 2002)

Ein Teil der Medien muss sich vorwerfen lassen, durch seine Sensationsgier nicht unerheblich zur Mobilisierung der Gewalttäter und zur Eskalation der Situation beigetragen zu haben. Für sein Handeln ist jeder selbst zuständig. Nichts rechtfertigt die billigende Inkaufnahme von Menschenopfern.

Die Gewalttäter waren die Zugereisten.

»...die mehreren hundert Stänkerer, die aus anderen Bundesländern herangefahren wurden...«

(Quelle: Leserbrief im Ostseeanzeiger, 4. April 2002)

Die Gewalttäter kamen vorrangig aus Rostock und Mecklenburg-Vorpommern.

Es gab während der Krawalle ca. 370 vorläufige Festnahmen. Als Herkunft der vorläufig Festgenommenen wurde festgestellt:

alte Bundesländer:	insgesamt	110
neue Bundesländer:	Mecklenburg-Vorpommern	217
	davon Rostock	147
	andere neue Bundesländer	37

(Quelle: Zwischenbericht des Untersuchungsausschusses des Landtages Mecklenburg-Vorpommern, 18. Juni 1993)

Die Politiker waren schuld.

»Wenn die Politiker nicht im Stande sind, für Ordnung zu sorgen, muss sich der gemeine Bürger eben zur Wehr setzen.«

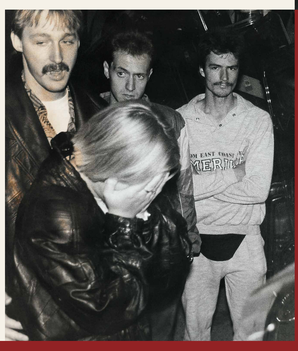
(Quelle: Meinung eines 23-Jährigen in Lichtenhagen, NWN 26. August 1993)

Eine Reihe von Politikern hat sich in hohem Maße schuldig gemacht: Durch die Ausländerfeindlichkeit schürende, menschenverachtende Debatte um die Änderung des Grundrechts auf Asyl, durch das fahrlässige Kompetenzgerangel zwischen Land und Kommune über die Zuständigkeiten an der ZAst und dadurch, dass man wochenlang Asyl suchende Menschen ohne Unterkunft, Verpflegung und sanitäre Einrichtungen ließ.

Die ZAst in Lichtenhagen einzurichten war falsch.

»Der Hauptfehler war, ein Asylbewerberheim mitten in einem Wohngebiet zu errichten.« (Quelle: Leserbrieschreiben Mecklenburger Morgenpost, 25. August 1993)

Es ist keine Zumutung gegenüber den Deutschen, Asylbewerberheime in ostdeutsche Neubaugebiete zu stellen. Asylbewerber sind Flüchtlinge. Jeder Mensch, der zu uns kommt, hat ein Recht auf eine menschenwürdige Aufnahme, ganz einfach, weil er ein Mensch ist. Das Asylbewerberheim in der Elisabethwiese mitten in der Stadt zeigt, dass es geht: professionelles Arbeiten bei den Zuständigen und Toleranz bei den Nachbarn.



Tränen im Polizeibussen: Eine junge Frau: Tränen. »Mein Kind ist seit Stunden allein, ich will hier raus.« Warum sie in den Bussen gerpeint ist, sagte sie nicht.

Schuld waren die Täter.

Es mag tausende Gründe geben, das Verhalten der Zuschauer zu erklären, entschuldigen kann man es nicht. Für sein Handeln oder Unterlassen ist jeder selbst zuständig. Das galt für die Deutschen unter den Nazis, das galt für die Deutschen unter der Stasi und gilt für die Deutschen unter demokratischen Politikern und Medien.

»NOCH IST HIER ALLES RUHIG«

Ein Fernsehjournalist am 24. August 1992 zwischen 15.00 und 16.00 Uhr

»Der Nazismus glitt in Fleisch und Blut der Menge über durch die Einzelworte, die Redewendungen, die Satzformen, die er ihr in millionenfachen Wiederholungen aufzwang und die mechanisch und unbewusst übernommen wurden ...

Aber Sprache dichtet und denkt nicht nur für mich, sie lenkt auch mein Gefühl, sie steuert mein ganzes seelisches Wesen je selbstverständlicher, je unbewusster ich mich ihr überlasse.

Worte können sein wie winzige Arsendosen: Sie werden unbewusst verschluckt, sie scheinen keine Wirkung zu tun, und nach einiger Zeit ist die Giftwirkung doch da.«

(Quelle: Victor Klemperer: «LTI – Die Sprache des Dritten Reiches»)

Das Wort »Asylant« geändert zu »Asylbewerber« – die rückseitige Beschriftung eines Fotos aus dem Archiv der Ostsee-Zeitung.

Durch das Polit- und Medienspektakel um das Grundrecht auf Asyl wurde der Begriff »Asylant« inhaltlich völlig negativ aufgeladen. Das hat diejenige, die die Bildbeschriftung auf dem Foto geändert hat, wohl begriffen.

Massenmedien filtern wichtige Informationen. Entscheidend ist der **Nachrichtenwert**.

Dafür gibt es eine Skala von zehn Nachrichtenelementen.

Aktualität · Kampf und Konflikt · Nähe des Ereignisses zum Leser · Öffentliche Bedeutung
Liebe und Sex · Folgenschwere · Gefühl · Dramatik · Fortschritt · Kuriosität

Es gibt praktisch kaum Berichterstattung über »Normalität«.
Diese besitzt keinen Nachrichtenwert.

Rassismus in den Alltagsgesprächen und die Rolle der Medien

Rassismus gehört zur Alltagsdenkweise unserer Gesellschaft. „In ganz Europa ist seit einigen Jahren zu beobachten, dass sich Parteien etablieren, die gemeinhin als „rechtspopulistisch" bezeichnet werden. An diesem Begriff ist zumindest richtig, dass diese Parteien, wie schon die Parteien des europäischen Faschismus der Zwischenkriegszeit, Ideologieelemente des Rechtsextremismus aufgreifen. Das aber sollte nicht zu falschen Schlussfolgerungen führen, denn eine zum Rechtsextremismus klar abgrenzbare exklusive ideologische Position hat der „Extremismus der Mitte" nicht.

(Quelle: „Mitte" Studien der Universität Leipzig – Erfahrungen 2002 bis 2016)

Medien tragen erheblich zur Verfestigung, wenn nicht sogar zur Erzeugung rassistischer Einstellungen bei.

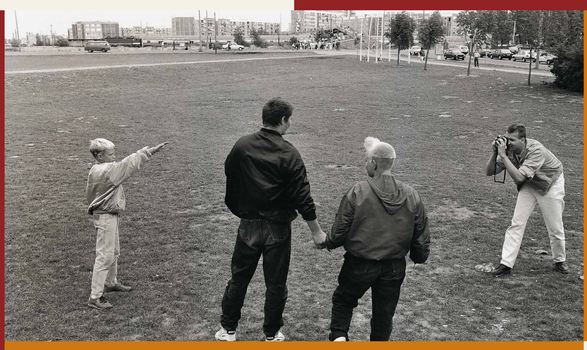
Rassismus wird oft verdeckt geäußert : »Ich habe nichts gegen Ausländer, aber es sind doch zu viele hier. Unser Boot ist voll!« Oder ein etwas schwierigeres Beispiel: »Ausländer sind doch auch Menschen!« – so genannter »positiver Rassismus«. Rassistisch ist diese Äußerung deshalb, weil die Unterstellung mitgedacht wird, dass es sein könnte, dass sie keine Menschen wären.

Die Negativurteile über Ausländer sind sozial fest verankert. Häufig handelt es sich um unzulässige Verallgemeinerungen von Einzelfällen wie etwa: »Die Ausländer sind kriminell.«

Rassismus kann sich auch durch die Verwendung demokratischer Argumente äußern: »Die Türken behandeln ihre Frauen schlecht, und deshalb lehnen wir sie ab, deshalb haben sie hier nichts zu suchen.«

Das Auftreten solcher Redewendungen wie »Fluten bedrohen uns«, »Dämme müssen errichtet werden« usw. in der Alltagssprache lässt stark vermuten, dass sich hier der Einfluss der Medien geltend macht.

Die Ausgrenzungen der Einwanderer und Flüchtlinge durch Einstellungen und Sprache gehen einher mit latenter



Auszug aus dem Pressekodex des Deutschen Presserates 2014

Ziffer 1
Die Achtung vor der Wahrheit, die Wahrung der Menschenwürde und die wahrhaftige Unterrichtung der Öffentlichkeit sind oberste Gebote der Presse.
Ziffer 9
Es widerspricht journalistischer Ehtik, mit unangemessenen Darstellungen in Wort und Bild Menschen in ihrer Ehre zu verletzen.
Ziffer 11
Die Presse verzichtet auf eine unangemessen sensationelle Darstellung von Gewalt, Brutalität und Leid. Die Presse beachtet den Jugendschutz.
Ziffer 12
Niemand darf wegen seines Geschlechts oder seiner Zugehörigkeit zu einer rassischen, ethnischen, religiösen, sozialen oder nationalen Gruppe diskriminiert werden.

Für den Nachrichtenwert gilt offenbar: **Nur böse Ausländer sind gute Ausländer**.

»Volkszorn«, »brechende Dämme«, »volles Boot«, »Asylantenfluten«, »Scheinasylanten«, »Wirtschaftsflüchtlinge«,

»Sozialschmarotzer«, »Ausländerkriminalität«, »Wohlstandsfestung«, »Flüchtlingsströme«

Oder andersherum:

»typische DDR-Plattenbausiedlung«, »Einwohner der Rostocker Trabantensiedlung Lichtenhagen«,

»einst rote Ostseemetropole«, »Brutalbetonlandschaft«, »Buschzulage«, »Tristesse im Osten«, »Schuhschachtel-Idylle«

Aber auch ohne solche Wörter zeigt der Sprachgebrauch im Alltag und in den Medien rassistische, ausgrenzende Denkweisen:

»...**sie** kosten **uns** Milliarden Euro...«, »**Unser** Land wird überschwemmt...«,

»...wie **die** sich **hier** bewegen...«, »Da sind **wir** Deutsche...«

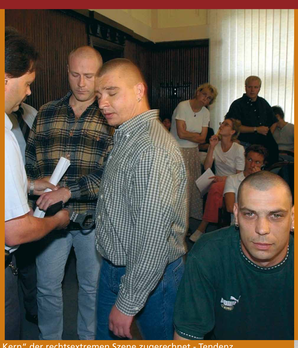
BRANDSTIFTER

Versuchter Mord

In verschiedenen Medien waren Originaltöne von rechtsextremistisch und gewaltbereit eingestellten Jugendlichen zu lesen:

»Wären Zigeuner verbrannt, hätte es mich nicht gestört – Vietnamesen schon, aber Sinti und Roma egal.«

»Wenn wir sechs Millionen Ausländer raushauen, werden zwei Millionen Deutsche wieder Arbeit kriegen.«
»Kanaken und Pack, das schnell wieder raus muss.«
»Heute Nacht tanzt hier der Terror.« – ein 12-Jähriger
»Wir kämpfen so lange, bis der letzte Asylant aus Rostock verschwunden ist. Wir haben erst mal eine Woche geplant. Wir geben keine Ruhe.«



Strafrechtliche Verfolgung

Von den insgesamt 400 von der Staatsanwaltschaft Rostock Angeklagten wurden 40 verurteilt.

Bisher sind alle gefassten Lichtenhagener Haupttäter wegen Landfriedensbruchs und Brandstiftung vor Gericht gekommen. Erst im letzten Prozess, 2002, sind die drei Angeklagten wegen **versuchten Mordes** verurteilt worden.

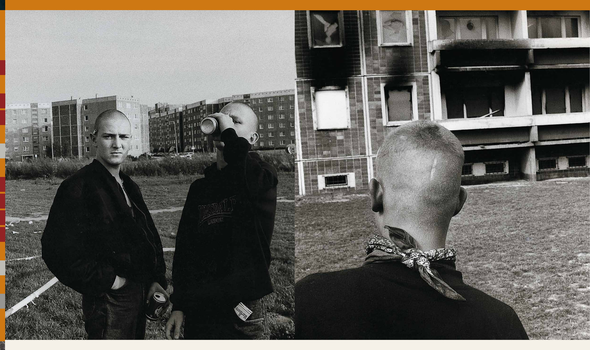
Bei den Angeklagten in dem lange verschleppten letzten Prozess handelte es sich nicht, wie einige Zeitungen schrieben, um die Hauptverantwortlichen von Lichtenhagen, sondern um mehr oder weniger zufällig gefasste rechtsextreme Jugendliche.

Gegen die geistigen Brandstifter oder gegen diejenigen, die den Jugendlichen applaudierten und ihnen zujubelten, wurde nie ermittelt.

Etwa 1200 Personen werden 1992 dem so genannten „harten Kern" der rechtsextremen Szene zugerechnet - Tendenz in den Folgejahren stetig steigend. 2013 zählt der Verfassungsschutz 1400, im Zentrum der Aktivitäten organisierte aggressive „Antiasylkampagnen".

(Quelle: Verfassungsschutzberichte 2013)

	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Skinheads	550	500	500	500	600	800	800	800	900	900
Neonazis	50	50	50	120	140	250	250	300	350	350
freie Szene	600	550	550	620	740	1050	1050	1100	1250	1250
REP	350	500	500	200	150	100	100	100	100	90
DVU	200	200	50	50	50	70	200	200	150	100
NPD	90	100	100	100	50	100	350	300	230	220
Sonstige	20	60	50	20	10	10	10	60	10	10
Parteiszene	660	860	700	370	260	280	660	660	490	420
Gesamt	**1260**	**1410**	**1250**	**990**	**1000**	**1330**	**1710**	**1760**	**1740**	**1670**



Eine Studie des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen im Mai 2000 belegt: Fast ein Drittel Rostocker Jugendlicher im Alter zwischen 13 und 18 Jahren (29,2 Prozent) bekennt sich nach wie vor zu stark Ausländer ablehnenden, rechtsorientierten Einstellungen.

Fast zwei Drittel (17,8 Prozent) dieser ausländerfeindlichen Jugendlichen befürwortete auch Gewalt.

Die Häufigkeit von Ausländerfeindlichkeit hängt in erster Linie vom Bildungsniveau und vom Geschlecht ab. Männliche Gymnasialschüler sind etwa nur halb so ausländerfeindlich wie ihre Mitschüler aus Haupt- und Realschulen. Bei jungen Frauen ist der Unterschied noch größer.

Nicht unwichtig, aber insgesamt weniger von Bedeutung für eine Ausländer ablehnende Grundeinstellung ist die soziale Lage der Eltern oder die eigene Angst vor sozialer und ökonomischer Benachteiligung.

Ausländerfeindlichkeit steht im besonders engem Zusammenhang mit Gewaltbereitschaft. Die Bereitschaft zur Gewalt ist nach der Studie abhängig von der Gewalt, die die Betroffenen als Kinder erfahren haben – sowohl am eigenen Leibe als auch die beobachtete Gewalt zwischen den Eltern.

Es existiert ein Zusammenhang zwischen negativen emotionalen Erfahrungen in der Kindheit (z.B. durch mangelnde Zuwendung durch die Eltern) und ausländerfeindlichen und rechtsorientierten Einstellungen.

Auch das soziale Umfeld spielt eine Rolle: 60 Prozent der befragten Jugendlichen schätzten im Vergleich zu anderen Städten die Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung in ihrem Wohngebiet als besonders ungünstig ein. Zugleich war die Mitgliedschaft Rostocker Jugendlicher in Sport- und anderen Freizeitvereinen im Vergleich zu anderen Städten besonders gering.

(Quelle: Wetzels u.a.: Studie des Kriminologischen Forschungsinstitutes Niedersachsen, Mai 2000)

AUFARBEITUNG
KUNSTPROJEKT DER GRUPPE »SCHAUM«
Gestern Heute Morgen

AUFARBEITUNG

Seit den Pogromen in Lichtenhagen versucht die Stadtgesellschaft, Antworten auf die Frage zu finden, wie sie diese Ereignisse aufarbeiten und dabei zugleich politische Verbindungen zur Gegenwart herstellen kann. Vor diesem Hintergrund beschloss die Rostocker Bürger*innenschaft im September 2015, unter anderem den Kunstwettbewerb *„Erinnern und Mahnen an Rostock-Lichtenhagen 1992“* auszuloben. Zum 25. Jahrestag des Pogroms wurde der Siegerentwurf *„Gestern Heute Morgen“* der Künstlergruppe SCHAUM an fünf Standorten realisiert, die konkrete Bezüge zu den rassistischen Handlungen und ihren gesellschaftlichen Kontexten aufweisen.

GESTERN HEUTE MORGEN

Ein gemeinsames, wiedererkennbares Merkmal der fünf Elemente des dezentralen Kunstwerks ist die kubische, weiße Form, die an leere Sockel für Skulpturen erinnert. Diese symbolische „Leerstelle“ verweist darauf, dass die Beteiligung des Publikums für das Funktionieren der künstlerischen Arbeit ausschlaggebend ist. Jeder der fünf Kuben ist, dem jeweiligen Standort entsprechend, spezifisch gestaltet und betitelt.

Die Kunstwerke wollen keine Antworten oder Schuldzuweisungen geben, vielmehr befragt SCHAUM in allen Figuren die Sicht- und Handlungsweise jeder einzelnen Person. Wie hätten wir gehandelt – wie handeln wir – und wie werden wir in Zukunft mit dieser Problematik umgehen?

SCHAUM appelliert an die Mitmenschlichkeit – die Empathie – und verweist durch die Titel der Figuren gleichzeitig auch auf die Säulen der Demokratie. Denn nur wenn alle demokratischen Kräfte wirken, kann eine Gesellschaft funktionieren.

1 POLITIK

Das Werk mit dem Titel *Politik* steht vor dem Rathaus. Die obere Seite des Quaders weist eine Vertiefung in Gesichtsform auf. Von den Augen verlaufen Bohrungen durch den Stein, die sich an dessen Seiten als Kanneluren bis zu einem benachbarten Kanaldeckel fortsetzen. Diese Gestaltung lädt ein zur Trauer, Demut und Verneigung vor den Opfern – und wirft zugleich die Frage nach der Glaubwürdigkeit öffentlicher, politischer Gesten auf. Mit dem Standort vor dem Rathaus als politischer Institution wird auch daran erinnert, dass die Eskalation der rassistischen Ausschreitungen in Rostock-Lichtenhagen 1992 für eine Verschärfung des Asylrechts instrumentalisiert wurde.

2 SELBSTJUSTIZ

Der Kubus mit dem Titel *Selbstjustiz* steht vor dem so genannten Sonnenblumenhaus in Rostock-Lichtenhagen, dem Ort des Pogroms. Der Kubus steht in einer der Gehwegplatten, die schon 1992 zertrümmert und als Wurfgeschosse missbraucht wurden. Auf der Oberseite der Figur ist passgenau ein Bruchstück der Bodenplatte lose eingelegt. Die Möglichkeit, es herauszunehmen und zu verwenden, verdeutlicht eine bis heute anhaltende Bedrohungssituation und fordert die Betrachtenden dazu auf, ihr eigenes Verhältnis zu konkreter, physischer, aber auch zu abstrakter, struktureller Gewalt zu reflektieren. Der *„Stein des Anstoßes“* wurde bereits drei Tage nach der Einweihung gestohlen.

3 STAATSGEWALT

Vor der Polizeidirektion Rostock an der Straßenecke Ulmenstraße/Hansastraße steht der Kubus mit dem Titel *Staatsgewalt*. Der Marmorblock ist in zwei Richtungen geneigt. In alle fünf Oberflächen ist Text eingefräst; dieser beginnt auf der Oberseite des Kubus mit dem Satz *„Die Polizei hat ...“* des §7 des *„Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung in Mecklenburg-Vorpommern“*. In diesem Paragraphen werden die Aufgaben der Polizei als ausführende Staatsgewalt formuliert – beispielsweise *„im Rahmen der Gefahrenabwehr auch Straftaten zu verhüten“*. Damit ist das Versagen der Polizei in Rostock-Lichtenhagen 1992 thematisiert, Gefahren abzuwehren und Straftaten zu verhüten.

4 MEDIEN

Vor dem Sitz der Ostsee-Zeitung befindet sich der Kubus mit dem Titel *Medien*.
Die Oberseite des Kubus trägt ein Verschiebepuzzle. Die beweglichen Spielsteine tragen die damals wie heute aktuellen Schlagworte „Asyl“, „Recht“, „Neid“, „Mut“ und „Angst“ sowie die Präpositionen „auf“, „zu“ und „vor“. So können unterschiedliche Slogans gebildet und auf mögliche Bedeutungen überprüft werden. Angesprochen wird damit auch die Mitverantwortung von Medien für die Ereignisse in Rostock-Lichtenhagen und für rassistische Denk- und Verhaltensmuster allgemein.

5 GESELLSCHAFT

Der fünfte Kubus mit dem Titel *Gesellschaft* ist in der Nähe des ehemaligen Standortes des Jugend Alternativ Zentrums (JAZ) platziert. Im oberen Bereich der zwei Meter hohen Stele befindet sich eine Öffnung in Form eines stilisierten Vogelhauses. In Anspielung auf das „Sonnenblumenhaus“ wird hier dazu eingeladen, als empathischen Akt Sonnenblumenkerne abzulegen – nachdem man die Bepflanzung mit Disteln überwunden hat. Der Standort erinnert daran, dass das JAZ während des Pogroms Treffpunkt für antifaschistische Aktivistinnen und Aktivisten war, die versuchten, eine Gegenkraft zu den rassistischen Ausschreitungen zu entwickeln.

DAS KUNSTBUCH FÜR KINDER

Das sechste Element des dezentralen Kunstwerks *Gestern Heute Morgen* ist ein Kunstbuch, das kostenlos verbreitet wird und ein Päckchen Sonnenblumensamen enthält.

Für den französischen Geschichtsphilosophen Pierre Nora sind *„Erinnerungsorte“* nicht nur konkrete Orte, sondern auch Bücher, Bilder oder Ereignisse, an denen sich ein Sinn für Gemeinschaft kristallisieren kann. In diesem Verständnis ist auch das Kunstbuch *„Traut euch, kleine Vögel!“* ein solcher *„Erinnerungsort“*. Darin greift die Autorin und Gestalterin Ulrike Steinke das Motiv des Vogelhauses auf und macht es zum Schauplatz einer Fabel. Die unterschiedlichen Tiere verhandeln darüber, warum alle von einem gelungenen Zusammenleben unter einem Dach profitieren können. Das Werk wählt die Form und die Sprache eines Kinderbuchs – von dem sich auch Erwachsene angesprochen fühlen dürfen.

Texte und Fotos:
Artist Collective SCHAUM
Homepage zum Kunstprojekt:
http://www.rostock-lichtenhagen-1992.de/

Die fünf Stelen wurden anlässlich des 25. Gedenkens an Rostock-Lichtenhagen im Jahr 2017 feierlich eröffnet. In Rostock fand eine Gedenkwoche unter dem Motto *Vielfalt. Miteinander. Leben* statt. Jeden Tag begleiteten Veranstaltungen die Enthüllung einer Stele. Verantwortlich für die Veranstaltungen waren die Adressat*innen der Stelen: Die Politik, Polizei und Justiz, die Medien, die Gesellschaft.

Die Stele *Selbstjustiz* wurde im Rahmen des *Tages der Vielfalt* am 25. August 2017 unter anderem von Menschen aus Vietnam enthüllt, die Opfer der Pogrome von 1992 wurden. Die Gedenkstelen sollen mahnen und erinnern, aber auch dazu einladen, über Verantwortung, Versagen, Engagement und Rassismus zu sprechen.

2018 kommt eine neue Stele hinzu, die insbesondere den Betroffenen der Pogrome gewidmet ist.

Bunt statt braun.

DOKUMENTATIONSZENTRUM LICHTENHAGEN IM GEDÄCHTNIS

vom Schuhkarton zum Lernort

ENTSTEHUNGSKONTEXT

Die Auseinandersetzung mit dem Pogrom in Rostock-Lichtenhagen 1992 verlief über die mehr als fünfundzwanzig vergangenen Jahre vielfältig in unterschiedlichen Intensitäten und Stoßrichtungen. Seit 2015 fördert die Hansestadt Rostock den Aufbau eines schrittweise entwickelnden Dokumentationszentrums durch den Verein *Soziale Bildung e.V.* Ziel ist es, die vielen verstreuten Quellen und Zeugnisse des Pogroms, seiner Folgen und der Aufarbeitungen zusammenzuführen, zu sortieren und zugänglich zu machen.

Es entsteht ein Lernort als aktiver Bestandteil demokratischen Erinnerungskultur.

RECHERCHIEREN UND SAMMELN

Ausgangspunkt für den Aufbau des Dokumentationszentrums ist das Finden von Quellen, welche über das Pogrom, das Handeln von staatlichen und nicht-staatlichen Einrichtungen, aber auch über die Menschen der Zeit und ihr Leben berichten.

Dabei besteht der Anspruch vor allem darin, möglichst vielfältige Blickwinkel auf die Zeit werfen zu können. Daher sind ganz unterschiedliche Wege der Recherche und Sammlung zu gehen. Einerseits stehen in diesem Zusammenhang Archive, Verlage, Medienhäuser und Bibliotheken im Zentrum; andererseits schließt dieser Prozess ebenso die Recherche von Privatsammlungen ein.

Unter dem Motto *„aus dem Schuhkarton in den Lernort"* ruft ***Lichtenhagen im Gedächtnis*** daher auf, gesammelte Zeitungsausschnitte, Fotos, Filme, Tagebücher u.a.m. in das Archiv einzubringen und so das private Wissen zum Pogrom zu teilen.

ARCHIVIEREN

Bereits bis Ende 2017 sind dabei mehr als 1000 Dokumente zusammengetragen worden, deren Ordnung einen zweiten Schwerpunkt der Arbeit im Lernort darstellt. Je nachdem aus welchem Zeitraum und von wem eine Quelle stammt (*Provenienz*), fand sie Eingang in eine der Bestandsgruppen des Lernortes:

Zusätzlich zu seiner Verortung erhält jedes Dokument einen Eintrag in der Archivdatenbank sowie eine Auszeichnung mit Schlagworten (*Tags*). Erscheint dies auf den ersten Blick aufwendig, entsteht hierdurch jedoch ein intuitiver Zugang zu thematischen Fragestellungen.

Du kannst dich gerne im Bereich der Archivierung einbringen und dabei mithelfen, das Archiv zu erweitern und neue Zugänge zu ermöglichen.

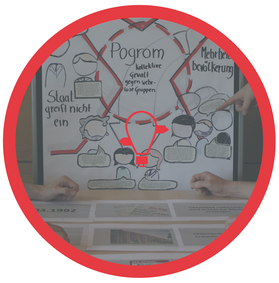
EINBLICKE ERMÖGLICHEN

Das Dokumentationszentrum möchte Interessierten einen Zugang zu den gesammelten Dokumenten & Medien ermöglichen. Ziel ist, dass das Archiv genutzt wird, um sich mit dem Pogrom in Rostock Lichtenhagen 1992 als auch mit der Vor- und Nachgeschichte auf Basis von Archivmaterialen auseinandersetzen zu können.

Um dies zu ermöglichen, gibt es in den Räumen von Soziale Bildung e.V. einen Archivraum. In Öffnungszeit und nach Absprache kann recherchiert und Einsicht in Originaldokumente genommen werden. Projektmitarbeitende helfen dabei gern, sich in der Dokumentenvielfalt zu orientieren.

Auf der Projekt-Internetseite (*www.lichtenhagen-1992.de*) gibt es darüber hinaus auch online Möglichkeiten, sich dem Thema zu nähern.

Du hast die Möglichkeit, das Dokumentationszentrum zu besuchen und eine Vielzahl von interessanten Zeitdokumenten zu erkunden.



AUSTAUSCH UND LERNEN

Das entstehende Dokumentationszentrum ist ein Lernort zur Förderung der politischen Meinungsbildung und Handlungsfähigkeit von Menschen in Ausbildung, Beruf und Engagement.

Den Themenkontext 'Pogrom Rostock-Lichtenhagen 92' aufgreifend und auf Basis der zusammengeführten Quellen werden unterschiedliche Bildungsformate (Seminare und Workshops, Tagung und Informationsveranstaltungen, Stadtrundgänge und digitale Formate) zu

- Konsequenzen aus den Ereignissen
- sozialen Problemlagen als verstärkende Einflüsse auf die Ausschreitungen und derer Verarbeitung
- Diskriminierungsformen und Möglichkeiten der Bekämpfung dieser
- gemeinsamen Entwicklungen von Themen und Vorhaben innerhalb der lokalen Erinnerungskulturen und
- methodisch-didaktische Qualifizierungen

entwickelt.

*Du hast hier die Möglichkeit, teilzunehmen oder dich direkt als Teamer*in in der historisch-politischen Bildung ausbilden zu lassen.*

Sobi ★ Soziale Bildung e.V. ★

gefördert durch

Hanse- und Universitätsstadt ROSTOCK

Bunt statt braun.

Bunt
statt
braun.